

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Gründungstag mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 2 M., durch unsere Vertreter gegenüber in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle einer Kriegszeit oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Intentionenpreis 2 M. für die enthaltenen Anzeigen oder deren Raum, Namen, die 2spaltige Anzeigenspalte 2 M. Bei Übertragung und Jahresauftrag entsprechende Ermäßigung. Bekanntmachungen in amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Anzeigenspalte 2 M. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Nachweisungsgebühr die vierteljährlich 10 Pf. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wie keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Klage gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 131

Donnerstag den 8. Juni 1922.

81. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Montag den 12. Juni 1922 vormittags 9 Uhr

wird im Verhandlungslokal des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses abgehalten werden. Die Tagesordnung ist vom 8. Juni 1922 ab im Ausgangslokal des amtsh. Dienstgebäudes angeschlagen.

Meißen, am 6. Juni 1922.

Nr. 329 1 B.

Der Amtshauptmann

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Gesandtschaftsbericht über die Zwangsleihe ist nunmehr dem Reichstage zugegangen.
- Das ostmärkische Dorf Streefow ist zum größten Teil niedergebrannt. Gebäude, Vieh und Vorräte sind vernichtet.
- Der französische Präsident Poincaré ward in einer Rede zu Verdun um Amerikas Freundschaft für Frankreich.
- Nach der Befreiung ihres Bürgermeisters haben die zurückgebliebenen Bewohner des französischen Städtchens Cognac während der Besetzung durch die Deutschen die Wohnungen ihrer geflohenen Mitbürger selbst geplündert.
- Nach einem Funkspruch aus Warschau soll sich das Befinden des erkrankten Lenin gebessert haben.

Auf dem toten Punkt.

Die Verhandlungen des Pariser Anleihekomitees rücken nicht vom Fleck, bleiben sozusagen auf dem toten Punkt. Herr Poincaré hat über Pflingsten eine Sprechtour nach London gemacht, und in Paris will man wissen, daß er von dort gar nicht mehr über den Kanal zurückkehren werde. Die guten Franzosen bemühen sich um den Nachweis, daß wir die Hoffnung auf wirksame Hilfe von Seiten der internationalen Hochfinanz ruhig begraben können, wobei besonders wohlmeinende Erörterer treuherzig hinzusetzen, daß eine große internationale Anleihe nicht einmal für Deutschland erwünscht wäre. Ob diese Versicherungen ernst gemeint sind oder nicht, muß natürlich dahingestellt bleiben. Den Franzosen geht es einzig und allein darum, den Schlussfolgerungen der Finanzgewaltigen, die eine Herabsetzung der Reparationslast Deutschlands als unerlässliche Voraussetzung für die Kreditgewährung an uns bezeichnen, unter allen Umständen auszuweichen. Und kein Mittel ist ihnen schlecht genug, das sich zur Abwehr dieser drohenden „Gefahr“ verwenden läßt.

Trotzdem — die Anschauung, daß wir dem Abschluß einer auswärtigen Anleihe nur mit gemischten Empfindungen entgegensehen könnten, wird auch in Deutschland von gewichtigen Kreisen geteilt. Einmal schon deshalb, weil wir eben wissen, daß die internationale Bankwelt, schon seit Jahr und Tag mit der Möglichkeit einer Heilung unserer durch und durch zerrütteten Finanzverhältnisse beschäftigt, doch bis jetzt gar keine Reizung gezeigt hat, einen Wirtschaftsfaktor von der Größe und Bedeutung des Deutschen Reiches langsam wieder gesund zu machen. Verhandlungen mit Staaten wie Italien und Rumänien, mit Österreich und Jugoslawien nehmen einen mehr oder weniger aussichtsreichen Verlauf. Wir dagegen haben bisher nichts als Ablehnung erfahren. Aus Gründen, die ich allerdings hören lassen; denn einmal besteht heute so wenig Aussicht wie je, daß unsere Wiederherstellungsmöglichkeiten auf ein annähernd vernünftiges Maß zurückgeführt werden, und überdies kann auch die Tatsache, wie die uns etwa zu gewöhnliche Anleihe verwendet werden soll, auf die internationalen Finanzkreise nichts weniger als ermutigend wirken. Wenn sie auch nur zu einem namhaften Teil zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft dienen könnte, so würde in dieser Art ihrer Ruhbarmachung allein schon eine beträchtliche Sicherheit für die Anleihe und ihre Verzinsung gegeben sein. Sie soll aber in erster Reihe zur Befriedigung unserer Dauverpflichtungen, Frankreichs und Belgiens dienen, die dadurch ihrerseits in den Stand gesetzt würden, die internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit größerer Aussicht auf Erfolg zu bestehen. Da dem aber so ist, müssen wir damit rechnen, daß eine Anleihe, wenn sie uns ernstlich geboten würde, nur zu Bedingungen zu haben wäre, die das mühsame Schrecken unserer Volkswirtschaft nur noch schwerfälliger machen würden. Auf der anderen Seite würde unsere Wirtschaft allerdings in entsprechender Höhe von Schuldenlasten befreit, und an die Stelle kurzfristiger, laufender Zahlungen würden langfristige Verpflichtungen treten. Aber zu welchen Bedingungen? Wenn uns die Stilllegung unserer Notenpresse zur Pflicht gemacht wird, so wird wohl kein Erfüllungsmittel in der Lage sein, unter den gegebenen Verhältnissen eine solche Bedingung einzugehen, solange ihm nicht gleichzeitig Mittel und Wege angedeutet werden, wie trotzdem die ohne unser Zutun unaufhaltsam steigenden Ausgabeverpflichtungen des Reiches gedeckt werden sollen. Und was denkt man sich als Sicherheitsleistung für eine auswärtige Anleihe, mag sie nun „klein“ oder „groß“ ausfallen? Das Vermögen des Reiches und der Länder ist bereits der Reparationskommission als erste Hypothek für die Schuldverpflichtungen Deutschlands verpfändet. Wird sie bereit sein, einen Teil davon für die Darlehensgeber freizumachen? Oder sollen wir etwa unsere wertvollen Privatbesitz, vor allen Dingen unsere gro-

ßen Industrieunternehmungen als Pfandobjekt hingeben? Damit würde für den Empfänger des Darlehens Verträge nur ein neues Futter bereitgestellt, ohne daß wir jemals hoffen könnten, auf diese Weise nun wirklich „erfüllen“ zu können, was doch nun einmal unerfüllbar ist und bleibt. Und im Endergebnis würde ein Teil der öffentlich rechtlichen Reparationslast den Charakter einer Privatverpflichtung annehmen, die selbstverständlich unter allen Umständen erfüllt werden muß, während wir von den Kriegsforderungen der Siegerstaaten immer behauptet haben und bis in alle Ewigkeit behaupten werden, daß wir sie nicht erfüllen können.

Aus solchen Gründen erklärt es sich, daß man vielfach auch in Deutschland den Pariser Anleiheverhandlungen mit fähler Zurückhaltung begegnet. Wer, wenn sie endgültig scheitern sollten, in Wahrheit der leidtragende Teil sein würde, dürfte danach immer noch als eine offene Frage behandelt werden.

Gestaltung der Getreideumlage.

Kein Einheitspreis.

Der Reichsernährungsminister hat den zuständigen Stellen den Entwurf des Gesetzes über die Regelungen des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 zur Begutachtung zugehen lassen.

Nach dem Entwurf wird die Umlage in der gleichen Höhe wie im Vorjahre eingefordert. Die aufzubringende Menge wird auf die Ländereien nach dem Verhältnis ihrer Ernterträge an Brotgetreide, Gerste und Hafer im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1921 verteilt. Länder mit viel Kleinbesitz werden geringer belastet. Den Ländern wird die Ermächtigung erteilt, der Umlage die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche zugrunde zu legen. Für den Fall der Verteilung auf die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche ist die Freilassung der Fläche bis zu fünf Hektar vorgesehen. Die Kommunalverbände haben ihr Umlagegeld nach näherer Bestimmung der oberen Landesbehörde auf die Gemeinden oder unmittelbar auf die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe (Erzeuger) zu verteilen.

Von der öffentlichen Brotversorgung sollen die Kreise ausgeschlossen werden, die nach Weiz und Einkommen auf eine solche Sicherung des notwendigen Lebensbedarfs nicht angewiesen sind. Die Festsetzung eines Einheitspreises für das auf die Umlage abgelieferte Getreide ist mit Rücksicht auf den Stand der Welt fallen gelassen worden. Die Reichsregierung legt den Preis nach Anhörung eines aus 20 Mitgliedern bestehenden Ausschusses fest.

Das kommende Reichsbahnfinanzgesetz.

Valdige Überweisung an den Reichstag.

Der erste Entwurf zu einem Reichsbahnfinanzgesetz wird zurzeit im Reichsverkehrsministerium umgearbeitet. Dabei werden die vielfach von beiderseitiger Seite gegebenen Anregungen berücksichtigt werden. Vor allem soll dem Reichsrat und dem Reichstag gegenüber den als allzu einschränkend empfundenen Vorschlägen des bisherigen Entwurfs eine erheblich stärkere Überwachung und Einwirkung auf die Verwaltung der Reichsbahn gewahrt bleiben, unbeschadet der wünschenswerten Entlastung dieser Körperschaften von den Einzelfragen der laufenden Verwaltung. Die Befugnisse des Verwaltungsrats sollen erweitert werden. Den Wünschen der Eisenbahngewerkschaften hinsichtlich des aktiven und passiven Rechts zur Personalvertretung im Verwaltungsrat will man entgegenkommen. Konflikte zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Verwaltungsrat sollen zur Schlichtung dem Reichstag unterbreitet werden. Die Einzelbestimmungen über die Finanzgebarung werden kürzer und dehnungsfähiger gefaßt, um die Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse zu erleichtern.

Es besteht die Absicht, den neuen Entwurf noch in diesem Monat mit den früheren Eisenbahnländern zu erörtern und nach endgültiger Feststellung durch das Kabinett ohne Verzug dem Reichsrat und dem Reichstag vorzulegen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichspräsident für den Oberschlesischen Hilfsbund.

In dem Aufruf, den der Reichspräsident zur Ernennung von den Brüdern und Schwestern im polnisch wertvollen Teil Oberschlesiens erteilt, weist der Präsident auf

die nötige Aufbauarbeit in dem nun wieder mit dem Reiche zu vereinigenen deutsch bleibenden Teil Oberschlesiens hin. Bei dieser Arbeit wolle der Oberschlesische Hilfsbund ein wichtiges Werkzeug sein. Er wolle helfen, die Wunden jeglicher Art zu heilen, die dem ober-schlesischen Volke geschlagen worden sind. Der Oberschlesische Hilfsbund brauche noch Mitheser, Freunde und Söhne. Hier sei eine Gelegenheit, durch die Tat zu danken und zu helfen. — Die Pflingsttage sind in Oberschlesien, abgesehen von einigen polnischen Ausschreitungen, ruhig verlaufen.

Deutscher Schulbund für Grenz- und Auslandsdeutsche.

Die Tagung des Schulbundes während der Pflingsttage in Allenstein verlief unter großer Begeisterung der Teilnehmer und gipfelte in einer Entschiedenheit. In dieser heißt es: „Wir, die als Deutscher Schulbund vereinigte Verbände des Grenz- und Auslandsdeutschtums, glauben an die deutsche Volksgemeinschaft. Wir glauben daran, daß alle, die sich als Deutsche fühlten, ohne Unterschied der Konfession, ohne Unterschied der Parteien und Klassen, ohne Unterschied der Staatszugehörigkeit oder der Umgangssprache kraft inneren Gesetzes eine unauflösbare Einheit sind. In diesem Glauben liegt die Zukunft der deutschen Nation.“ Am zweiten Feiertage begaben sich die Teilnehmer an der Tagung nach Marienburg.

Die wirklichen „Summen“.

Der Bürgermeister des lothringischen, rein französischen Städtchens Cognac an der Mosel hat das von der französischen Regierung der Stadt angebotene Kriegsgeld für ihr Verhalten während des Krieges nur unter der Bedingung angenommen, daß eine Untersuchung über das Verhalten der während der deutschen Besetzung in der Stadt zurückgebliebenen Einwohner vorgenommen werde. Der Bürgermeister behauptet, daß die zurückgebliebenen Einwohner sich das sämtliche Vermögen und die bewegliche Habe der geflüchteten Einwohner angeeignet hätten, und daß die geflohenen Gegenstände nicht auf das Konto der deutschen Besatzung zu setzen seien. — Ob Poincaré in seiner nächsten „Friedensrede“ dieses glorreiche Verhalten seiner engeren Landsleute während verheerlicheren wird?

Großbritannien.

× Demutigung über französische Antriebe in Kleinasien herrscht zurzeit in London. Nach Meldungen aus Kairo besagen dort eingetroffene Berichte, daß die Franzosen einen Vertrag mit dem Herrscher von Arabien, Ibn Saud, abgeschlossen haben. Der Vertrag sehe vor, daß die Franzosen Ibn Saud Waffen, Munition und Geld liefern und ihm militärische Unterstützung gewähren, wenn er vom Hedschas oder von Mesopotamien aus angegriffen werde. Der Vertrag dehne das Gebiet Ibn Sauds aus und sehe die Erweiterung der Grenzen des französischen Mandats vor. Außerdem soll der Vertrag den Ibn Saud ausdrücklich verpflichten, sich gegen jede Einflußnahme Englands zu wehren.

Rußland.

× Lenins Befinden gebessert? Nach einem Funkspruch aus Moskau erkrankte Lenin am 24. Mai an einer schweren Unterleibsentszündung mit Fieber. Diese Erkrankung hatte eine Verschlechterung des Herzvenenzustandes hervorgerufen. Auch machte sich eine Störung der Blutzirkulation bemerkbar, die aber im Laufe der nächsten Tage rasch wieder zu schwinden begann. Zurzeit ist die Temperaturhöhe normal. Das Allgemeinbefinden ist gut, und der Kranke, dem vorläufig Ruhe für die nächste Zeit vorgeschrieben ist, befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Frankreich.

× Poincarés Liebeswerben um Amerika. Zum Pflingstfest überbrachte der französische Botschafter in Paris, Herrich, der Stadt Verdun die Kriegsmemorialen der Vereinigten Staaten. Poincaré war natürlich auch da und hielt die übliche Rede, in der er diesmal die süßesten Hoffnungen über den Atlantischen Ozean schickte, um für Frankreich in Amerika Propaganda zu machen. Der Präsident leugnete den aller Welt offensichtlichen französischen Militarismus ab und behauptete, Frankreich habe Deutschland gegenüber „Beweise außerordentlicher Mäßigung“ gegeben. Der lothringische Unruhestifter scheint einzusehen, daß er in England allmählich taube Ohren findet. Also versucht er es mit Amerika.

× „Die größte Dummheit.“ Auf dem außerordentlichen Kongress der französischen sozialistischen Partei führte Sembat aus, die Politik Frankreichs sei jetzt eine veraltete, daß die englische Arbeiterpartei Frankreich als den letzten Herd des Imperialismus anfühle. Wenn das noch drei Monate so fortandere, dann werde Frankreich eine